

Räade  
Nr. 139/2022  
Kiel, 30.09.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Afghanistan ist nicht vergessen

*„Nichts ist besser geworden in Afghanistan.“*

Lars Harms zu TOP 31 - Afghanistan nicht vergessen! (Drs. 20/243)

Erst vor wenigen Tagen sind bei einer Explosion einer Autobombe nahe einer Moschee in Kabul mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen, mehr als 40 wurden verletzt. Seit der Machtübernahme der Taliban haben Gruppierungen des sogenannten "Islamischen Staats" mehrfach Anschläge auf Moscheen verübt, insbesondere die der schiitischen Minderheit ist gefährdet. Vor einem Jahr haben wir sehen müssen, wie sich Menschen vor Verzweiflung an startende Evakuierungsfieger klammerten und in den Tod stürzten. Nichts ist besser geworden in Afghanistan seit dem Abzug der internationalen Truppen und der Machtübernahme der Taliban.

Die Taliban wollen Männer und Frauen im öffentlichen Raum komplett trennen. Wenn überhaupt, sollen Frauen nur da arbeiten können, wo es unbedingt nötig ist. Als Pflegekräfte etwa oder als Lehrerin in Koranschulen. Sie sollen in der Öffentlichkeit nicht vorkommen, werden durch Kleiderordnungen unsichtbar gemacht und ihrer Handlungskraft beraubt. In Restaurants essen Familien mit Frauen hinter Schleiern, öffentliche Parks sind nach Geschlechtern aufgeteilt. Der Burka-Erlass der Taliban hat dafür gesorgt, dass Frauen sich in der Öffentlichkeit vollständig verschleiern müssen. Wenn die Frauen sich nicht daran halten, wird ihr männlicher Vormund bestraft. Dies ist in zweierlei Hinsicht besonders perfide. Zum einen wurden Frauen zum Besitz von Männern degradiert. Zum anderen büßen Familienangehörige für den eventuellen Protest der Frauen. Und das erstickt

natürlich jedwede wehrhafte Handlung. Wer protestiert, bringt die eigene Familie direkt in Gefahr.

In weiten Teilen des Landes ist es afghanischen Mädchen nicht mehr erlaubt, die weiterführende Schule zu besuchen. Sie können höchstens zu Hause heimlich weiter unterrichtet werden. Jobs brechen weg, es gibt eine Dürre im Land, Ernteauffälle und Hungersnöte. Menschen verkaufen ihre Organe und ihre Kinder, um überleben zu können.

Eine Million Kinder sind akut unterernährt.

Bis heute sollen Menschen aus Afghanistan nach Deutschland evakuiert werden, aber die Umsetzung gestaltet sich mehr als schwierig. 21.000 Menschen konnten nach Deutschland gebracht werden, 12.000 weitere haben die Zusage bekommen, nach Deutschland kommen zu können. Doch sie warten immer noch.

Auf Bundesebene gibt es den Untersuchungsausschuss zum Abzug der Bundeswehr. Zusätzlich noch eine Enquete-Kommission, die den gesamten Afghanistaneinsatz aufarbeiten soll. Zwanzig Jahre Einsatzgeschichte, nach denen trotz den Bemühungen vieler um Frauenrechte, Demokratie und Armutsbekämpfung das Land nun genauso destabilisiert ist als vor dem NATO-Einsatz. Diese Aufarbeitungsinstanzen müssen nun vor allem dazu genutzt werden, welche Fehler in den letzten Jahren gemacht worden sind. Und zwar nicht nur im Sinne einer strategischen Lehre für zukünftige Bundeswehreinätze. Sondern auch im Sinne der afghanischen Bevölkerung. Darüber, wo da die Verantwortung gelegen hat. Welche Schlüsse daraus zu ziehen sind und wie die Situation vor Ort über andere Wege gebessert werden kann. Deswegen bleibt uns nichts anderes übrig, als unser Bekenntnis auch hier in Schleswig-Holstein immer und immer wieder zu bestätigen.

Manchmal überlagern sich Konflikte und mediale wie gesellschaftliche Aufmerksamkeit verschiebt sich. Deswegen ist es gut, dass wir heute ein Zeichen setzen. Letztes Jahr haben sich die demokratischen Fraktionen des Landtages in einem gemeinsamen Antrag für schnelle Hilfen für Afghanistan ausgesprochen. Bei der Evakuierung von Menschen in Afghanistan, Ortskräften, die mit uns zusammengearbeitet haben, Mädchen und Frauen, geht es weiterhin um Fragen von Leben und Tod. Wir in Schleswig-Holstein wollen diese Menschen aufnehmen und ihnen hier eine Perspektive bieten. Ich bin daher froh, dass wir erneut gemeinsam das Signal senden: wir wollen helfen. Afghanistan ist nicht vergessen.